

## **Deutsche Ängste, deutsche Hoffnungen**

Die Deutschen werden oft als pessimistische, ja ängstliche Nation beschrieben, risikoavert und zu wenig offen für Veränderungen. Die Frage ist, ob dieses Stereotyp der deutschen Bevölkerung wirklich gerecht wird oder eher eine besondere Neigung zur Selbstkritik spiegelt oder sogar in erster Linie die Skepsis der wirtschaftlichen und politischen Elite gegenüber der Bevölkerung.

Analysiert man die Gemütsverfassung der Bevölkerung über die letzten sechs Jahrzehnte hinweg, zeigt sich ein Bild, das in auffallendem Kontrast zu der These von fortwährendem Pessimismus und Zukunftsängsten steht. Wir können mit den Daten des Allensbacher Archivs von 1949 an rekonstruieren, ob die Bevölkerung in einem Jahr hoffnungsvoll gestimmt oder von tiefer Besorgnis erfüllt war. In diesen sechzig Jahren überwog fast durchgängig der Optimismus – mit Ausnahme von sechs Situationen, die es mehr als rechtfertigten, dass sich die Bürger Sorgen machten. Diese sechs Situationen waren:

- der Ausbruch der Korea-Krise am Beginn der 50er Jahre,
- die erste Ölkrise 1973,
- die zweite Ölkrise am Beginn der 80er Jahre,
- die Rezession nach dem Einheitsboom am Beginn der 90er Jahre,
- die Phase der Wachstumsschwäche und kontinuierlich steigenden Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts und
- die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.

Die Sorgen wuchsen immer dann sprunghaft, wenn ernste internationale Konflikte drohten oder die wirtschaftliche Basis des Landes gefährdet schien. Jedes Mal brach sich der Optimismus jedoch rasch wieder Bahn, selbst in dem permanenten Ausnahmezustand in den ersten Jahren nach dem Krieg.

Wenn man sich über Jahrzehnte mit der Gemütsverfassung und Mentalität der deutschen Bevölkerung beschäftigt, assoziiert man Deutschland und die Deutschen nicht in erster Linie mit Angst, weder mit ausgeprägtem Pessimismus noch mit überbordendem Optimismus, sondern eher mit Gelassenheit, in Jahrzehnten gewachsenem Selbstbewusstsein, Verlässlichkeit und Pragmatismus – allerdings auch mit einer ausgeprägten Risikoaversion, mit der Neigung, Sachfragen weltanschaulich aufzuladen, und der Skepsis einer Gesellschaft, deren Erfolg international bewundert wird, die jedoch fürchtet, ihren Zenit überschritten zu haben.

Die deutsche Befindlichkeit bewegt sich heute zwischen dem Stolz auf das in den letzten Jahrzehnten Erreichte, einem selbstbewussten und zugleich selbstkritischen Blick auf die gegenwärtige Position und innere Verfassung des Landes, aber auch einer gewissen Bangigkeit, wieweit die deutsche Erfolgsgeschichte in die Zukunft verlängert werden kann. Es ist der Gemütszustand einer Nation, die über die letzten Jahrzehnte viel erreicht hat, aber teilweise an ihren Zukunftsperspektiven zweifelt.

Die vergangenen sechs Jahrzehnte empfinden 89 Prozent der gesamten Bevölkerung als eindrucksvolle Erfolgsgeschichte. Der ökonomische Aufstieg und die Metamorphose von einem Land, das sich und die Welt ins Unglück stürzte, zu einer stabilen freiheitlichen Demokratie und einem weltweit anerkannten verlässlichen Partner erfüllt die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit Stolz. Die Bürger rechnen sich diese Erfolgsbilanz auch in hohem Maße selbst an. So sind 81 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es vor allem auch die

Bürger selbst sind, die dieses Land vorangebracht haben – zusammen mit Unternehmern, Wissenschaftlern und Ingenieuren. Wirtschaft und Wissenschaft zollen die Bürger deutlich mehr Anerkennung für ihren Beitrag zu der eindrucksvollen Nachkriegsbilanz als der Politik.

Die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit hat die nationale Erfolgsgeschichte vollkommen gemacht. Wie lebendig die Freude über die wiedergewonnene Einheit auch nach zwei Jahrzehnten noch ist, hat der zwanzigste Jahrestag des Mauerfalls gezeigt, der sogar mit mehr Emotionen begangen wurde als der zehnte Jahrestag. Nichts hat nach Überzeugung der Bevölkerung die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit vergleichbar geprägt wie der Verlust und Jahrzehnte später die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Es gibt daneben nur vier weitere Ereignisse, die zumindest von der Mehrheit neben der Einheit als Marksteine der deutschen Geschichte empfunden werden: die Währungsreform nach dem Krieg, die Einführung des Euro, die Etablierung der Marktwirtschaft und die Herausforderung des Staates durch den Terror der RAF.

In diesen Jahrzehnten ist ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein gewachsen, das jedoch weit von der Hybris und dem Dominanzstreben entfernt ist, mit denen Deutschland früher assoziiert wurde. Die Mehrheit der Bürger sieht Deutschland heute als ein Land mit großem internationalen Einfluss und selbstbewusst im Umgang mit anderen Ländern, aber auch als Land, das seinen Einfluss vor allem geltend macht, um gemeinsame Interessen voranzubringen: 66 Prozent der Bevölkerung sehen Deutschland in einer Vermittlerrolle, als Land, das auf Ausgleich und Stabilität bedacht ist, 62 Prozent als Motor der europäischen Integration. Es ist heute eine Besonderheit des deutschen Nationalbewusstseins, dass es sich nicht in erster Linie über Abgrenzung, sondern gerade über den Beitrag zu einer funktionierenden Staatengemeinschaft definiert.

Die weltpolitische Bedeutung des Landes wie die Pflichten, die daraus erwachsen, werden dabei ohne große Begeisterung nüchtern akzeptiert. Die überwältigende Mehrheit weiß beispielsweise, dass Deutschland in der EU Nettozahler ist; so wenig wie dies die Bürger erfreut, ist diese Rolle jedoch genauso wenig Gegenstand erhitzter Diskussionen in der Bevölkerung wie die Unterstützung der neuen Länder. Es gibt nur eine Minderheit enthusiastischer Europäer; die überwältigende Mehrheit der Deutschen ist jedoch überzeugt, dass Europa und die europäische Integration ein Zukunftskonzept ohne überzeugende Alternative ist – bei allem Unbehagen gegenüber den finanziellen Lasten und der raschen Ausweitung der EU.

Auch die Beteiligung an Militäreinsätzen wird als Bestandteil der heutigen Bedeutung und Rolle Deutschlands hingenommen. Der großen Mehrheit wäre es am liebsten, Deutschland könnte sich hier entziehen; gleichzeitig hält die Mehrheit dies jedoch nicht für eine realistische Option: 61 Prozent wünschen, dass sich die Bundeswehr beispielsweise aus dem Afghanistan-Engagement zurückzieht; gleichzeitig sind jedoch ebenfalls 60 Prozent überzeugt, dass solche Militäreinsätze der Bundeswehr aufgrund der Bündnispflichten unvermeidbar sind.

Die Bürger sehen Deutschland heute nicht nur als ein einflussreiches, selbstbewusstes Land, sondern auch als weltoffen und tolerant. Die Mehrheit hat nicht nur keinerlei Zweifel, dass Deutschland heute international Respekt genießt, sondern geht auch davon aus, dass die Deutschen sechzig Jahre nach dem Ende des Weltkriegs bei anderen Völkern beliebt sind. 56 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass Deutsche heute in der Welt beliebt sind, nur 21 Prozent halten sich für unbeliebt.

Dieses Selbstbewusstsein basiert in hohem Maße auf der wirtschaftlichen Leistungsbilanz der letzten Jahrzehnte und den Eigenschaften, die den wirtschaftlichen Erfolg ermöglichten. Für die

überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht Deutschland vor allem für Qualität und Präzision, für Hightech, Leistungsbereitschaft und Kreativität. Insbesondere die Begabung für die Konstruktion komplexer Technologien ist ein zentraler Aspekt des deutschen Selbstbewusstseins. So ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass Deutsche nicht nur besonders begabte Autokonstrukteure sind, sondern auch eine besondere Begabung für den Bau komplexer Industrieanlagen haben wie für den Bau von Schiffen und Straßen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich dieser Stolz auf die deutsche Ingenieurkunst immer mehr mit der Überzeugung verbunden, dass es auch typisch deutsch ist, Umweltschutz auch als technische Herausforderung zu begreifen und Hightech, Industrie und Umwelt zu einer Symbiose zu führen und miteinander zu versöhnen.

Die Bürger sind heute überzeugt, dass Deutschland international in vieler Hinsicht Vorbild ist. Das gilt insbesondere für die Qualität seiner Produkte, für die Bemühungen um den Schutz der Umwelt, aber auch für das soziale Netz, die Presse- und Meinungsfreiheit und das breite Informationsangebot. Als wenig vorbildlich gelten dagegen das deutsche Bildungssystem, die Integrationskonzepte und das soziale Klima in der Gesellschaft.

Hier setzt auch die Hauptkritik der Deutschen an sich selbst an. 70 Prozent empfinden die deutsche Gesellschaft als zu materialistisch, zwei Drittel als Ellbogengesellschaft, in der sich Egoismus und Rücksichtslosigkeit durchsetzen. Die Kehrseite der sozialisierten Solidarität, die die Mehrheit in Gestalt des Sozialstaates als international vorbildlich lobt, ist die Unzufriedenheit über die unzureichende individuelle Solidarität.

Unbehagen weckt auch die zunehmende soziale Differenzierung. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung konstatiert eine wachsende Kluft zwischen wohlhabenderen und ärmeren Bevölkerungsschichten;

Trendanalysen der Einkommensentwicklung belegen, dass die wirtschaftliche Leistungskraft der oberen 20 Prozent in den letzten fünfzehn Jahren weit überdurchschnittlich zugenommen hat – eine Entwicklung, die eine natürliche Begleiterscheinung der jahrzehntelangen Friedens- und Wohlstandsperiode ist. Die oberen Sozialschichten können zunehmend auf Vermögenseinkünfte und Erbschaften bauen und koppeln sich damit von der Entwicklung der Erwerbseinkommen ab.

Dies könnte in einem Land, in dem Gleichheitsideen oft eine große Anziehungskraft entfalten, zu gesellschaftlichen Konflikten führen. Soziale Gerechtigkeit hat in der politischen Agenda der deutschen Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Interessanterweise misst sie jedoch der Chancengerechtigkeit einen deutlich höheren Stellenwert zu als dem Ziel, die sozialen Unterschiede zu begrenzen. Der Sozialstaat entschärft das Konfliktpotential der sozialen Differenzierung. Ob Deutschland dauerhaft größere soziale Unterschiede akzeptiert, hängt jedoch vor allem davon ab, ob die Durchlässigkeit der Gesellschaft gesichert ist und die unteren und mittleren Schichten die Chance sehen, durch Leistung aufzusteigen. Diese Chancen werden zurzeit nicht nur von den unteren Sozialschichten, sondern von der Mehrheit der gesamten Bevölkerung als unbefriedigend bewertet.

Auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird darüber entscheiden, wie sich der soziale Friede und die Neigung zu Verteilungskämpfen entwickeln. Es ist bemerkenswert, dass sich inmitten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise die Überzeugung verstärkt hat, dass Wirtschaft und Bevölkerung in einer Interessengemeinschaft verbunden sind. Auch die Akzeptanz der Marktwirtschaft ist keineswegs gesunken, sondern heute auf einem höheren Niveau als noch vor drei, vier Jahren. Darin spiegelt sich in hohem Maße die Erleichterung der Bevölkerung, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam erreicht haben, dass nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung von den unmittelbaren Konsequenzen der

Krise getroffen wurde. Der Anteil der Bevölkerung, der sich als von der Krise stark betroffen beschrieb, oszillierte seit Beginn der Finanzmarktkrise in der engen Bandbreite zwischen 6 und 8 Prozent. Bei der Einschätzung ihrer mittel- und langfristigen Zukunftsperspektiven ist die deutsche Gesellschaft jedoch mehr als skeptisch. Die besten Jahre Deutschlands waren aus der Sicht Vieler vor allem die 1970er Jahre, teilweise die 60er und 80er Jahre, also die Jahrzehnte, in denen das westdeutsche Empfinden von dem Wirtschaftswunder und kontinuierlich wachsenden Verteilungsspielräumen geprägt war. Die Mehrheit fürchtet, Deutschland könne seinen Zenit überschritten haben. Auf Sicht von zehn Jahren rechnen die Meisten mit einem sinkenden Wohlstand, Schnitten in das soziale Netz wie in die betrieblichen Sozialleistungen, mit wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmenden sozialen Konflikten. Die große Mehrheit der Bevölkerung weiß, dass sich andere Weltregionen weitaus dynamischer entwickeln als Europa und dass dies die Standortentscheidungen auch deutscher Unternehmen beeinflusst.

Trotzdem ist das Selbstvertrauen, diese Herausforderung zu bestehen, in den letzten Jahren gewachsen. Hatten in der Phase der Wachstumschwäche in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts noch weite Teile der Bevölkerung Zweifel, ob Deutschland im härter werdenden Standortwettbewerb bestehen kann, halten heute 78 Prozent Deutschland für einen guten Standort; die Mehrheit geht auch davon aus, dass Deutschland als Wirtschaftsstandort Zukunft hat. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit nach 2005 und der für die Bevölkerung weit überwiegend glimpfliche Verlauf der Wirtschaftskrise nähren die Hoffnung, dass es gelingt, die Position des Landes noch einige Zeit zu verteidigen. Für ein Land, das fürchtet, die besten Zeiten hinter sich zu haben, wird die Verteidigung des Status quo zu einem erstrebenswerten Ziel.

Und hier liegt natürlich eine Achillesferse des Landes. Wer sich die Zukunft vorwiegend nur in Szenarien von Verlusten an Wohlstand und Sicherheit vorstellen kann, fürchtet Reformen und Veränderungen, da sie

den Status quo in Frage stellen. Politische Versprechen, dass Reformen mittel- und langfristig die Zukunft sichern, werden als Garantien von zweifelhaftem Wert gesehen. Die Politik hat es in vieler Hinsicht schwerer, notwendige Anpassungsprozesse durchzusetzen, schon aufgrund ihrer existenziellen Abhängigkeit von der Zustimmung der Bürger. Dies ist jedoch kein spezifisch deutsches Problem, sondern auch in anderen europäischen Ländern anschaulich zu beobachten. Welche Chancen eine Nation hat, hängt zwar auch von ihrer mentalen Verfassung ab, von ihrem Zukunftsvertrauen, ihrer Offenheit für Veränderungen und Leistungsbereitschaft, aber in mindestens so hohem Maße von der Qualität ihrer Führungseliten und deren Antriebskräften, Überzeugungskraft und Verantwortungsgefühl gegenüber Land und Leuten.